

sozusagen nachträglich sanktioniert, fand sowohl in der polnischen, in der tschechoslowakischen als auch in anderen ostmitteleuropäischen Nachkriegsgesellschaften breite Zustimmung. Zu groß waren bei den östlichen und südöstlichen Nachbarn Deutschlands die Leiden, die ihnen nationalsozialistischer Germanisierungswahn und brutale deutsche Okkupationspolitik in den Jahren des Zweiten Weltkrieges zugefügt hatten.

Nach Kriegsende waren in der Sowjetischen Besatzungszone – das Grenzland Sachsen eingeschlossen – Besatzungsmacht und örtliche deutsche Zivilverwaltungen auf die einsetzende massenhafte Vertreibung von Deutschen und deren zwangsläufige Aufnahme in der SBZ nicht vorbereitet. Sie begegneten dieser Situation zunächst völlig konzeptionslos. Erst allmählich konnten örtliche Hilfsmaßnahmen die Not und den Schock, von dem insbesondere die Älteren der vertriebenen Deutschen gezeichnet waren, etwas lindern.

Die Stadt Dresden – vom Bombenterror der Alliierten in den letzten Kriegsmonaten schwer getroffen und verwüstet und nach der bedingungslosen deutschen Kapitulation zum zentralen Kommandoort der sowjetischen Besatzungsbehörden für Sachsen erkoren – war trotz der Zerstörungen ein äußerst wichtiger Verkehrsknotenpunkt geblieben. Für die vertriebenen Deutschen wurde Dresden jedoch fast ausschließlich nur ein Durchgangsort, den sie per Eisenbahn, auf Elbschiffen oder in Fußmärschen erreichten. Anfang Juni 1945 informierten an Flüchtlinge – wie zunächst vertriebene Deutsche, heimkehrende deutsche Frontsoldaten und Ausgebombte ohne Unterschied genannt wurden – gerichtete Aufrufe über die katastrophale Lage der Stadt. (Siehe Plakat Juni 1945.)

Sachsen wurde vom Vertriebenenstrom der Deutschen, insbesondere aus der Tschechoslowakei und aus Schlesien als natürliches und nächstliegendes Grenzland der SBZ, in überaus hohem Ausmaß berührt. Ab Mitte Mai 1945, unmittelbar nach Kriegsende in Europa, setzten Zwangsausweisungen von Deutschen in das von den Alliierten besetzte Deutschland und nach Österreich ein. Es betraf zunächst vor allem Sudetendeutsche, die in an Sachsen angrenzenden Gebieten der ČSR lebten. Im Zeitraum Mitte Mai bis Mitte Juli 1945 wurden allein aus dem Industrieraum Aussig an der Elbe etwa 100 000 Sudetendeutsche über die sächsische Grenze in die Sowjetische Besatzungszone vertrieben. Polnische Militäreinheiten begannen zum gleichen Zeitpunkt, deutsche Familien in das besetzte Deutschland auszuweisen, die in Danzig und in Gebieten auf der östlichen Seite von Oder und Lausitzer Neiße (zunächst in einem 100 bis 200 Kilometer breiten Gürtel) ihren Wohnsitz hatten. Im Sommer 1945 wurde von polnischen Militäreinheiten, die Wohnraum für demobilisierte Soldaten requirieren wollten, eine Viertelmillion Deutsche aus den grenznahen Orten zu Fuß in die SBZ, auch nach Sachsen, geschickt, wo sie nicht selten von den Sowjets abgewiesen wurden und wieder umkehren mußten, um dann nochmals zwangsausgesiedelt zu werden.

Am 19. Juli 1945 erließ die Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) den Befehl »Zur zweckmäßigen Verteilung der Bevölkerung der russischen Besatzungszone«. Danach war das Land Sachsen aufgrund der relativ hohen Bevölkerungsdichte zunächst nicht als Aufnahmeland für vertriebene Deutsche vorgesehen. Nach Sachsen einströmende Sudetendeutsche sollten umgehend in die östlichen Kreise der Provinz Sachsen (dem späteren